Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 160 (1994)

Heft: 5

Rubrik: ASMZ-Forum

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nein zu Blauhelmtruppen

Blauhelmtruppen wären ein Schritt in die UNO

Blauhelmtruppen – erster Schritt in die UNO. Obwohl 1986 Volk und Stände den UNO-Beitritt mit 1591428 Nein (76 Prozent) gegen nur 511548 Ja massiv verworfen haben, sollen nun unter Missachtung dieses Entscheides der UNO-Blauhelmtruppen (unter fremdem militärischen Befehl) zur Verfügung gestellt werden. Wird die Blauhelmvorlage angenommen, würde schon am folgenden Tag die Klage erhoben, die Schweiz könne als Nichtmitglied der UNO an Beratungen und Entscheidungen über Blauhelmeinsätze nicht mitreden. Die Forderung nach Vollbeitritt zur UNO wird auf dem Fuss folgen.

Ja zum Friedensplatz Schweiz – Nein zur Schwächung der Neutralität

Unsere Neutralität ist geistig-moralische Verpflichtung, die der Schweiz von ihrer Gründung und Geschichte her aufgetragen ist. Die dauernde Neutralität bezweckt, dass sich die Schweiz nie in fremde Händel oder gar Krieg hineinziehen lässt. Wer in einem Konflikt Partei ergreift, schwächt die Neutralität und gefährdet die Unabhängigkeit. Dank unserer machtpolitischen Unbescholtenheit können wir allen Völkern gute Dienste anbieten und den Friedensplatz Schweiz ausbauen.

Überforderung der Bundesfinanzen

Die Bundesfinanzen weisen 1994 ein Defizit von 8 Milliarden Franken aus. Da glauben Bundesrat und Parlamentsmehrheit, es sei unwesentlich, weitere weit über 100 Millionen Franken pro Jahr auf Pump für internationalen Aktivismus zu verbrauchen.

Sämtliche Ausgaben für Blauhelmeinsätze würden unsere Landesverteidigung belasten und diese damit schwächen.

Ich empfehle ein Nein zu den Blauhelmtruppen

Die Alternative heisst Katastrophenhilfskorps und Rotes Kreuz, welche nie nach Schuld fragen, sondern nur Leiden lindern. Das Rote Kreuz – als Idee und Organisation in der Schweiz entstanden und gewachsen – muss unserem Land besondere Verpflichtung sein. Die besten Kräfte, die wir für internationale Solidaritätsaktionen einsetzen, müssen dem Roten Kreuz reserviert bleiben. Werden solche aus Prestigegründen für Blauhelmeinsätze abdelegiert, dann wird das Rote Kreuz geschwächt, das seit Jahrzehnten in Not geratenen Menschen in aller Welt hilft.

Übrigens: Allein 1993 sind 197 Blauhelmsoldaten getötet worden!

Walter Steinemann,
Nationalrat APS,
9402 Mörschwil

Verzicht auf Erdzielbekämpfung durch die Flugwaffe

In den ASMZ 2/94 und 3/94 fand der Offizier endlich die Begründung dieses KML-Beschlusses vom 15.6.93. Trotz einleuchtenden Argumenten bleibt aber ein ungutes Gefühl zurück. Eine momentane militärpolitische Schönwetterlage und eine simultane Finanzklemme im EMD genügen offenbar, um eine bisher tragende Hauptaufgabe der Flugwaffe rasch und ersatzlos zu streichen. Dabei wird eingeräumt, dass eine Änderung des strategischen Umfelds eine Neubeurteilung verlangen könnte. Eine Wiederaufnahme des Erdkampfes wäre aber nur mittels neu zu beschaffender Kampfmittel möglich.

Mit den nachstehenden Vorschlägen möchte ich nicht die begründete Priorität der defensiven Luftverteidigung in Frage stellen, sondern der Erdtruppe eine minimale operative Feuerreserve erhalten und verhindern, dass die Offensivkraft der Flugwaffe so verkümmert, dass sie bei Bedarf nicht mehr zeitgerecht mobilisiert werden kann.

1. Eine kleine offensive, fliegende Feuerreserve sicherstellen!

Primär kommen dafür 2–3 Tigerstaffeln, ausgerüstet mit den **vorhandenen** Tiefabwurfbomben und Maverick-Lenkwaffen in Frage, deren Anpassung für 200–300 Mio SFr. zu machen wäre. Diese Mittel könnten in einer **Zweitrolle**, allerdings nur bei Tag und im Sichtflug sowie geringerer Wirkung und Überlebenschance als mit modernsten Mitteln, **notfalls** eingesetzt werden. Es ginge darum, auch **bei Nichtverfügung eigener Artillerie** gegen Führungseinrichtungen, Feuerbasen und Bereitstellungen von Heli und Truppen wirken zu können, sofern uns diese Aufgabe nicht, wie wir offenbar hoffen, durch einen Partner abgenommen wird.

Als positiver Nebeneffekt bleibt so die Erdtruppenschulung durch **Markeureinsätze** weiterhin möglich.

2. Die Erdkampftauglichkeit der F/A-18 aufrecht erhalten!

Dies wird erreicht durch laufenden Software-Update auch der Erdkampfkomponenten sowie durch ein minimales Pilotentraining. Der Einsatz würde sich nur gegen **sehr wichtige operative oder strategische Ziele** richten; beispielsweise als **offensive Luftverteidigung** gegen Boden-Boden-Lenkwaffenstellungen oder Flugplätze und im Verbund mit Verteidigungspartnern.

3. Einrichtungen und Strukturen für Erdkampfleitung tauglich halten!

Mit minimalem personellem Aufwand und entsprechender Softwareausrüstung und Ausbildung sollen Einsätze gegen Ziele am Boden geleitet werden können.

So könnte auch in der Flugwaffe, mit minimalen Kosten, die mit dem Projekt Armee '95 verknüpfte Einsatzflexibilität bewahrt werden.

Hugo Dietschi (Bäretswil)

«Das neue Kriegsmaterialgesetz»

(Bericht
aus dem Bundeshaus,
ASMZ Nr. 3/1994)

Der erwähnte Bericht übernimmt einseitig und unreflektiert die Sichtweise der Behörden. Doch auch die Argumente der direkt betroffenen Branchen – allen voran der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie mit ihren über 360000 Arbeitsplätzen – verdienen eine Würdigung. Aus Sicht des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) ist der Bedarf für eine Totalrevision des geltenden Kriegsmaterialgesetzes (KMG) **nicht erwiesen;** die Verwirklichung des vorgeschlagenen Entwurfes hätte aber eine **inakzeptable Beeinträchtigung** des Werkplatzes Schweiz zur Folge. Gut die Hälfte der in der grössten Exportbranche des Landes tätigen Firmen würden neu für ihre Exportgeschäfte bewilligungspflichtig. Dies und weitere Folgen des Entwurfes widersprechen dem vom Bundesrat oft beschworenen Geist der Deregulierung.

Die wichtigsten Argumente des VSM lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Bei der angestrebten Totalrevision des KMG gelingt dem EMD der **Nachweis,** dass eine Totalrevision überhaupt nötig ist, in keiner Weise. Ins Feld geführt wird lediglich, das geltende KMG sei «seiner Zeit weit voraus» gewesen (Ziff. 1.2. des Berichts zum Entwurf) und der Geist des helvetischen Musterknaben, der schärfere und unpraktikablere Gesetze als alle anderen haben möchte, ist quer durch den Entwurf spürbar. Das bestehende, sehr restriktive Gesetz hat sich seit 20 Jahren bewährt, was auch international anerkannt wird. Keine internationale Behörde oder nationale Regierung verlangt von der Schweiz, das KMG zu revidieren. Auch der VSM ist klar für eine restriktive Praxis beim Kriegsmaterialexport, wie wir auch für klare und praktikable Exportkontrollregelungen eintreten. Aber wir meinen, dass man einzelne Umgehungen und Verletzungen des geltenden Rechts nicht dadurch verhindern kann, dass man ein neues, ungemein restriktiveres Gesetz erlässt. Die richtige Antwort auf Fehlverhalten einzelner Personen oder Unternehmungen ist die konkrete, sachbezogene Sanktion mittels entsprechender Massnahmen; unsere Firmen nehmen ihre Verantwortung durchaus wahr.

2. Im Entwurf wird eine willkürliche Ausdehnung des Kriegsmaterialbegriffes auf «dual use»-Güter vorgeschlagen, die in der Praxis dazu führen würde, dass der Export von Armeematerial ohne zerstörerische Wirkung – wie zum Beispiel optische Geräte oder Ausbildungsmittel – einem aufwendigen Bewilligungsverfahren unterworfen wäre. Bewilligungen könnten zudem jederzeit ohne Entschädigungspflicht des Staates widerrufen werden.

3. Dieses absolut inakzeptable Element von Unberechenbarkeit staatlichen Handelns findet sich auch beim

Vorschlag, die Lizenzvergaben und den Know-how-Transfer ebenfalls bewilligungspflichtig zu machen, und zwar rückwirkend. Würde also ein bestehender Lizenzvertrag nicht bewilligt, so drängt der Bund – wiederum ohne Entschädigungspflicht – eine Firma in den Vertragsbruch. Was auch nur ein einziger solcher Fall für das internationale Ansehen unserer Firmen und ihren Ruf als zuverlässige Geschäftspartner zu bedeuten hätte, kann man sich auch ohne spezielles Fachwissen leicht ausmalen.

4. Der vorliegende Entwurf brächte eine Aufblähung des Apparates sowie eine Politisierung des Bewilligungsprozesses, die den Erfordernissen der Berechenbarkeit und Stabilität des staatlichen Handelns diametral zuwiderläuft. Dies würde auch von den ausländischen Kunden registriert und tangiert die sprichwörtliche Zuverlässigkeit schweizerischer Firmen aufs schwerste.

5. Schliesslich und endlich enthält der Bericht einen grundlegenden Widerspruch, den zu lösen der Bundesrat aufgefordert bleibt. Es wird nämlich mit warmen Worten die Unerlässlichkeit einer eigenen schweizerischen wehrtechnischen Industrie unterstrichen, zugleich aber alles vorgeschlagen, um die Industrie an die harte Kandare eines unpraktikablen Gesetzes zu nehmen.

Sekretariat des Vereins
Schweizerischer Maschinenindustrieller
Dr. M. Erb, Direktor
H. Christen,
Informationschef

Wenn die SOG eine Reise tut

Am 4. Juni 1989 haben Panzer der chinesischen Volksarmee auf dem Tian'anmen-Platz in Peking eine Bewegung blutig niedergewalzt, die demokratische Reformen verlangte. Die Volksarmee, der bisher der Mythos der Zugehörigkeit zu seinem Volk anhaftete – nomen est omen –, verlor ihre Unschuld. Die Anführerinnen und Anführer dieser Bewegung, so man ihnen habhaft geworden, hat man in Umerziehungslager gesteckt, um ihnen die Flausen von politischen Veränderungen aus dem Kopfe zu vertreiben.

China ist eine Weltmacht, und nicht alle Ministerinnen und Staatsmänner, die ins Reich der Mitte fahren, weil das der machtpolitische Pragmatismus verlangt, sind schon eifrige Jünger Niccolò Machiavellis. Und wenn eine wirtschaftliche Umgestaltung – ob sie ohne politische Öffnung zu haben ist, steht dahin – einen Markt von über einer Milliarde Köpfen beschert, dann treibt der ökonomische Imperativ Managerinnen und Unternehmer in Scharen nach China. So weit, so schlecht. Nachvollziehen kann man es.

Aber was, sind wir gezwungen zu fragen, tut die Schweizerische Offiziersgesellschaft in diesem Land? Den Tian'anmen-Platz besichtigen, um nachher mit denen zu dinieren, die die Forderungen derjenigen jungen Leute buchstäblich mit Füssen getreten haben, die verlangen, was die Schweizer Armee richtigerweise bei uns zu verteidigen trachtet: Demokratie und Menschenrechte? Welchen Anlass hat die SOG, und sie ist ja nicht irgendein kleiner unbedeutender Verein, mit denen zu reden, die die Empörung und das Entsetzen des ganzen demokratischen Westens geerntet haben? Wie lautet die Botschaft dieser Reise, welches Zeichen soll sie setzen?

Sie wollen reisen? Warum nicht nach Osteuropa nach Lettland, Litauen, Estland, Ungarn, Tschechien. Dort gehen Staaten den beschwerlichen Weg einschneidender politischer und wirtschaftlicher Reformen. (Sie gehen ihn bereits und verkünden ihn nicht alle Jahre wieder.) Diesen Staaten hätten Sie mit Ihrem militärischen Know-how etwas zu bieten, könnten Sie in Ihrer eingeschlagenen Richtung bestärken.

Und Sie würden mit mutigen Leuten reden, die Reformen in Gang gebracht haben und im Schwunge halten und nicht mit Senioren, die sich jeder Veränderung in den Weg legen.

Oblt Landolt Pius
Oblt Humbel Stephan
Lt Krieger David
Lt Landolt Fridolin

Stellungnahme des Präsidenten der Kommission «SOG International»

China ist ein Land, das von der Schweiz politisch anerkannt wird. Mit Interesse verfolgen wir den Öffnungsprozess dieses asiatischen Grossstaates. Wir sind überzeugt, dass der Dialog mehr bringt als ein ideeller Boykott.

Die im Leserbrief vorgeschlagenen Länder Osteuropas werden ab 1995 besucht. Das entsprechende Reisekonzept liegt zum Entscheid beim Zentralvorstand der SOG.

Louis Geiger, Präsident
«SOG International»

Schweizer Instruktionsoffiziere am «Command and General Staff College» der US Army in Fort Leavenworth

1994 jährt es sich zum 100. Male, dass ein Schweizer Offizier als erster «Allied Officer» an einem Lehrgang am Command and General Staff College der US Army in Fort Leavenworth teilgenommen hat. Ich meine, dieser Umstand sei einer Erwähnung in der ASMZ angemessen ...

Henri Charles LeComte

Der erste Teilnehmer war Henri LeComte.

Dieser leitete im Ersten Weltkrieg drei schweizerische Militärmissionen in Frankreich.

Fred Heer, Steffisburg ■

UVAVINS MORGES

GRANDS VINS VAUDOIS

KELLEREIEN IN MORGES, SAINT-PREX, GILLY-BURSINEL UND NYON

NOTRE PASSION... VOTRE PLAISIR

Grosse Auswahl von Weiss-, Rosé- und Rotweinen. – Wir realisieren persönliche Etiketten für Rgt oder Batstäbe von Ihren Truppenabzeichen. – Verlangen Sie eine Offerte: die Herren Ch. Nicolet oder J.-C. Pilet stehen zu Ihrer Verfügung.

1131 TOLOCHENAZ
Tel. (021) 801 52 52